Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

14 (9.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/4 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/4 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 14 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Mittwoch, 9. Januar 1918 — 77. Jahrgang. — Abendblatt.

Starke französische Angriffe bei Flirey gescheitert.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 9. Jan. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Unter starkem Feuerschutz stießen englische Erkundungsabteilungen gegen den Südrand des Houthoulster-Waldes vor. Einige Kompanien griffen an der Bahn Boesinghe-Staden an. An keiner Stelle konnte der Feind unsere Linien erreichen; in unserem Feuer hatte er schwere Verluste.

Beiderseits von Lens lebhafte Artillerietätigkeit.

Oestlich von Bullecourt fanden mehrfach Handgranatenkämpfe um kleine Grabenposten statt.

Westlich von Flirey brachen die Franzosen am Nachmittag nach heftiger Feuerwirkung in 4 Kilometer Breite zu starken Angriffen vor. An einzelnen Stellen drang der Feind in unsere Postenlinie. Ein Versuch, über sie hinaus Boden zu gewinnen, scheiterte. Unsere Gegenstöße warfen den Feind im Laufe der Nacht überall in seine Ausgangsstellungen zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische und Italienische Front

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 9. Jan. (Amtlich). Im Atlantischen Ozean und im Aermelkanal sind kürzlich von unseren U-Booten

5 Dampfer und 1 Segler versenkt worden.

Mit Ausnahme eines waren sämtliche Dampfer bewaffnet und fuhren im Geleitzug.

Einem unserer U-Boote gelang es, durch zähes Festhalten und geschicktes Manövrieren, aus einund demselben Geleitzug drei schwer beladene Dampfer zu vernichten. Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Bernard" (3682 Tonnen) mit Kohlen nach Gibraltar und „Bristol City" (2511 Tonnen) mit Stückgut, hauptsächlich Chemikalien, die nach Newyork bestimmt waren und nach Angabe der Besatzung einen Wert von etwa 4 Millionen Mark hatten. Der Segler war ein Vollschiff von annähernd 2000 Tonnen Größe.

Der Chef des Admiralstabes.

* * *

WTB. Berlin, 9. Jan. Die Versenkung des Dampfers „Bernard" lenkt die Aufmerksamkeit auf den durch unseren U-Bootkrieg gründlich zerrütteten englischen Kohlenhandel. Die Kohle, sagte Lloyd George im Jahre 1915 in seiner klassischen Rede an die Walliser Bergleute, ist das Lebensblut der Nation. Mit der Kohlenausfuhr bezahlte England einst einen großen Teil seiner Einfuhrschuld. Jetzt erstickt es im Kohlenüberfluß, weil ihm Schiffe fehlen zum Transport über See. Selbst im Inland können die Eisenbahnen die durch Einschränkung der Küstenschiffahrt gewaltig angeschwollenen Verkehrsbedürfnisse nicht mehr stillen. Die schwarzen Schätze häufen sich auf den Gruben, drücken dort auf den Preis, zwingen zur Einschränkung der Produktion und zur Arbeitslosigkeit, entwerten den Betrieb. Erst kürzlich mußten 2000 Arbeiter auf einer einzigen Grube entlassen werden. Andererseits steigt die Kohlennot der Welt. In Frankreich werden die Theater nicht mehr geheizt. In Newyork herrscht abends auf den Straßen Dunkelheit. In Italien mußten die Eisenbahnen und sogar wichtige Kriegsbetriebe sich einschränken bis unter die Grenze des Zuständigen. Dieselbe Kohle, die in England 30 Mark die Tonne kostet, schnellte dort in den letzten Tagen im Schleichhandel auf 500 bis 600 M im Preise empor. Die Kohlennot ist eine der Klippen, an der das Ententeschiff zerschellen wird.

Die wahre Absicht der Fliegerangriffe auf Süddeutschland.

* Karlsruhe, 9. Jan.

Der wahre Zweck der feindlichen Fliegerangriffe auf Süddeutschland wird wieder einmal von der französischen Presse deutlich ausgesprochen, die den Fliegerangriff der Engländer auf die offene Stadt Mannheim am Weihnachtsabend mit einem Jubel begrüßte, der für die geistige Verfassung der französischen Presse bezeichnend ist. Das „Echo de Paris" vom 27. Dezember läßt seinen Mitarbeiter Henry Allain einen begeisterten Hymnus auf den „Erfolg" der Engländer anstimmen, weil nach der Ansicht des menschenfreundlichen Artikelschreibers nunmehr eine Möglichkeit gefunden sei, die deutsche Zivilbevölkerung wirksam heimzusuchen. Das englische Fliegergeschwader habe nämlich sein Unternehmen in den Tagesstunden ausführen können, was für das erreichte Ziel viel zweckmäßiger sei, als die bisher gewählte Nachtzeit. Die Flieger müssen weite Fahrten unternehmen, schreibt das Pariser Blatt, „um die Zivilbevölkerung heimzusuchen," und da sie auf diesen Fahrten in die Ferne nur kleine Bomben mitnehmen können, so ist ihr Unternehmen viel wirksamer wenn es am Tage geschieht. Die Bomben haben mehr Erfolg auf den stark begangenen Straßen, als in der Nacht auf dem vereinsamten Pflaster oder auf Dächern, die sie nicht durchschlagen können. Schon einmal ist nach einem der früheren Bombenangriffe auf Freiburg bei einem abgeschossenen Flieger ein amtlicher Befehl gefunden worden, aus dem deutlich hervorging, daß der Zweck der Angriffe erreicht ist, wenn nur ein paar Boches getötet werden. (g. K.)

Französische Schandtaten in Tunis.

Berlin, 7. Jan. Die in Konstantinopel erscheinende Zeitung „Aurore" bespricht in einem Leitartikel die programmartigen Ausschreitungen gegen die Juden in Tunis, die unter Führung französischer Soldaten zu Mordtaten und Plünderungen in Sfax, Biserta, vor allem aber in der Stadt Tunis geführt und unter den nordafrikanischen Juden eine außerordentliche Beunruhigung hervorgerufen haben. Erst ganz langsam sickert, da die französische Zensur alle Nachrichten unterdrückt hat, die ganze Wahrheit durch und erhält man einen Eindruck von dem gewaltigen Umfang der Exzesse. Die in Genf erscheinende Revue du Maghfeb hatte schon vor längerer Zeit die französische Regierung vergeblich darauf hingewiesen, daß die in Tunis geführte, systematische, antisemitische Campagne zu blutigen Exzessen führen müsse. Seit vielen Monaten hetzt nämlich das offizielle Regierungsorgan, die „Dépêche Tunisienne" und das Blatt „Colon francais" in aufreizender Weise gegen die Juden, beide Blätter stellen die Juden, obwohl sie durch Gesetz vom Heeresdienst ausgenommen sind, als Drückeberger hin und entfalten überhaupt eine konsequente antisemitische Propaganda. Die entsetzlichen Exzesse sind eine selbstverständliche Folge von dieser Hetzarbeit, die die französische Regierung nicht nur gehindert, sondern in ihrem offiziellen Regierungsorgan andauernd gefördert hat.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

O **Amsterdam,** 8. Jan. Nach einem hiesigen Blatt erfährt die „Times" aus Washington: Das Kriegsministerium erhielt die Nachricht, daß seit Sonntag abend zwischen Soldaten Carrancas aus Juarez und Anhängern Villas gekämpft werde. Letztere bemächtigten sich des San Augustin-Ranch, gegenüber Falben in Texas. Amerikanische Truppen wurden nach der Grenze geschickt, um das amerikanische Staatsgebiet zu schützen. Es wird gemeldet, daß die mexikanischen Regierungstruppen, obwohl sie Artillerie haben, nicht imstande sind, die Anhänger Villas zu vertreiben.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

* **Gründung einer Deutschen Musikgesellschaft.** Am 21. Dezember 1917 wurde in Berlin von Vertretern und Freunden der Musikwissenschaft eine „Deutsche Musikgesellschaft" ins Leben gerufen, die der musikwissenschaftlichen Forschung und Lehre und damit der Vertiefung des musikalischen Lebens dienen soll. Sie will im deutschen Sprachbereich nach Art der ehemaligen „Internationalen Musikgesellschaft" einen Mittelpunkt für Musikwissenschaft und höhere musikalische Bestrebungen bieten und ihren Mitgliedern einen sicheren Ueberblick über Ziele und Leistungen ermöglichen. Geplant ist die regelmäßige Abhaltung von Versammlungen, sowie die monatliche Herausgabe einer Zeitschrift, die selbständige Aufsätze bringen und über alle wichtigen Veröffentlichungen, Aufführungen usw. berichten soll. In das Direktorium wurden gewählt die Herren Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Kretzschmar-Berlin (Vorsitzenden), Prof. Dr. H. Abert-Halle (Schriftführer), Geh. Hofrat Dr. O. v. Hase-Leipzig (Schatzmeister), Prof. Dr. G. Adler-Wien, Prof. Dr. A. Sandberger-München, Prof. Dr. M. Schneider-Breslau Prof. Dr. M. Seiffert-Berlin und Prof. Dr. J. Wolf-Berlin. Der Jahresbeitrag beträgt 20 M. Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt die Firma Breitkopf und Härtel, Leipzig, Nürnberger Str. 36 entgegen. Die erste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 20. Januar, vormittags 11½ Uhr im königlichen Akademischen Institut für Kirchenmusik, Charlottenburg, Hardenbergstraße 36, statt.

✧ **Eine Operetten-Uraufführung in Wien.** Aus Wien wird uns geschrieben: Der Abstieg der Wiener Operette wird immer deutlicher. Wo sind die Zeiten harmloser, anspruchsloser, angenehm und leicht löslich verwickelter Handlungen, fröhlich, witzig und aus der wienerischen Eigenart heraus pointierter Texte, die Zeiten mühelos fließender, melodiöser Eingebung? Ueber den Umweg des glatten Stumpfsinns hat die Wiener Operette bald die lächerliche, hochdramatische Gebärde, bald den Charakter des Kinodramas angenommen. Eine neue Operette, Buch von Julius Brammer und Alfred Grünwald, Musik von Leo Ascher, die im Bürgertheater zur Uraufführung gelangte, entscheidet sich für ein Kompromiß. Sie ist leidlich dumm, leidlich sentimental, durchaus aber auf fremde Kosten im Anleihewege gezimmert. Es gibt eine allegorische Grundidee vom „Bruder Leichtsinn", nach dem die Operette ihren einschmeichelnden Titel führt, einen Grafen, der von einer gefeierten Opernsängerin ein außereheliches Töchterchen hat, es gibt den persiflierten Böhmen, den braunen wilden Mann, die herkömmliche Verwicklung und die typische Lösung. Leo Ascher steuerte die vielfarbige Musik zusammen: flüssige Walzer, die ihre Ahnen haben, schmissige Niggertänze, die auf dem Papier erklügelt sind, groteske Sächelchen, die im Moment zünden, Instrumentationen, die pocken. Bei herkömmlich glänzender Aufmachung und Darstellung erzielte die Operette den herkömmlichen, in Jubel lärmenden Erfolg.

* **Max Bruch,** der große Tondichter, wurde anläßlich seines 80. Geburtstages von der philosophischen und von der theologischen Fakultät der Universität Berlin zum Ehrendoktor ernannt.

* **Vom Bund der Freunde deutscher Kunst.** Die Leipziger Herren im Vorstande: Schmarsow, Seliger, Seffner und Hein, sowie die auswärtigen Dr. Schulz in Nürnberg und Dr. Volz in Berlin, haben ihre Aemter niedergelegt und sind damit von der Leitung des Bundes zurückgetreten.

* **Eine Ehrung Hans Pfitzners.** Unter den zum Geburtstag des Königs von Bayern Ausgezeichneten befindet sich auch Dr. Hans Pfitzner, der die goldene Ludwigsmedaille für Kunst und Wissenschaft erhielt.

Bunte Chronik.

✕ **Ein vorgeschichtlicher Fund im Kreise Harburg.** Ueber einen neuen vorgeschichtlichen Fund im Landkreise Harburg berichtet Theodor Benecke in der Zeitschrift Niedersachsen. In Everstorf konnte vor kurzem auf dem Grundstück eines Hofbesitzers ein wichtiger Bronzefund gemacht werden. Es handelt sich um einen großen bronzenen Kessel, der Fundort ist moorig mit sandigem Untergrund, und die betreffende Stelle bildet eine leichte Anhöhe. Dort erblickte ein Hütejunge ein aus der Erde hervorschauendes grünliches Metallstück, auf das er getreten war. Bei näherer Untersuchung und nach einigem Graben entpuppte sich dies Metallstück als der Henkel eines großen mit Patina überzogenen kesselartigen Gefäßes. Obwohl keine Steine um das Gefäß gesetzt gewesen waren und man auch in der Umgebung bisher keine Urnen gefunden hatte, die etwa auf eine vorgeschichtliche Begräbnisstätte hätten schließen lassen, konnte der Kessel als vorgeschichtlich festgestellt werden. Wahrscheinlich war er früher etwa einen Fuß hoch mit Erde bedeckt, die dann durch Regengüsse allmählich abgewaschen wurde, so daß der Henkel hervorschaute und zur Entdeckung führte. Die Form des Bronzegefäßes gleicht so ziemlich den auch heute noch hie und da auf dem Lande in Bauernhäusern anzutreffenden sog. Grapen, die auf offene Herdfeuer gestellt wurden. Das Gefäß wiegt mehr als 8 Pfund, seine Höhe beträgt mit den Beinen 26 Zm., die drei Beine sind allein 9 Zm. lang. Die Füße sind klauenartig geformt, und die Beine laufen am Gefäß dreikantig aus. Das Rauminhalt beträgt ungefähr 5 Liter. Besondere Zierraten waren an dem ausgezeichnet erhaltenen Kessel nicht zu entdecken. Der Inhalt bestand aus Sand und einigen Eisenstückchen, die leider beim Ausheben verloren gingen. Sie werden als sehr rostig geschildert und dürften wohl eiserne Schmucksachen, Spangen, Nadeln, Armbänder oder Schnallen gewesen sein. Es ist anzunehmen, daß eine sachkundige Nachgrabung auf dem Grundstück, die bisher noch nicht in Angriff genommen wurde, zu weiteren vorgeschichtlichen Funden führen könnte.

+ **Churchills Geburtstag.** Winston Churchill hat dieser Tage seinen 43. Geburtstag gefeiert, ohne daß ein einziges englisches Blatt sich die Mühe genommen hätte, ihm eine wirklich lebende Notiz zu widmen. Am besten kam er noch in den „Daily News" weg, die u. a. bemerkten: „Es ist nicht leicht, eine zweite Persönlichkeit zu finden, deren Inhalt so reich ist an verschiedenartigsten Tätigkeiten, und doch so kurz, wenn man die schnell vorüberhuschenden Erfolge auf den einzelnen Gebieten betrachtet. Churchill war Kriegsberichterstatter und Kriegsgefangener. Er hat eine historische Biographie verfaßt, eine längere Novelle geschrieben, und mehrere militärische Bücher herausgegeben. Er kämpfte auf vier Kontinenten, und wenn es in Australien zu einer Schlacht gekommen wäre, hätte man Churchill sicherlich mit dabei gesehen. Er war Konservativer und er war Liberaler. Er hat drei Ministerien geleitet. Sein Name ist mit drei sehr bekannten Ereignissen verknüpft, nämlich mit der seinerzeitigen dramatischen Verhaftung von Revolutionären in Houndsditch, mit dem Fall von Antwerpen und mit der Tragödie von Gallipoli. Am merkwürdigsten ist, daß der stets fieberhaften Tätigkeit Churchills so auffallend geringfügige Ergebnisse gegenüberstehen. Er erinnert an eine Geschichte, die sich zwischen zwei Landärzten zutrug. Der eine, ein alter, wortkarger, einfacher, aber ebenso tüchtiger wie erfolgreicher Mann, saß vor seinem bescheidenen Häuschen, als sein junger Kollege in einem glänzenden Wagen, der von einem kostbaren Pferd gezogen wurde, vorbeiraste. Er rief ihn an. „Was gibt es", fragte der junge, indem er anhielt. „Nichts", entgegnete der alte Landarzt. „Ich dachte nur darüber nach, daß ich, der hier ruhig und bescheiden sitze, in einer Woche mehr verdiene, als Sie mit Ihrer Hast und Ihrem teuren Gespann in einem Monat"

Die politische Aussprache im badischen Landtag.

Das Programm des neuen Staatsministers. — Rede des Abgeordneten Rebmann.

Ein großer Tag.

In der Zweiten Kammer des Badischen Landtags begann heute die allgemeine Finanzdebatte, die zugleich die politische Aussprache zwischen den Parteien und der Regierung bringen soll. Als der neue Präsident, der Zentrumsabg. Dr. Zehnter, gegen halb 10 Uhr die Sitzung eröffnete, waren die Tribünen nur schwach besucht, das Haus wies manche Lücken auf, die sich erst im Laufe des Morgens langsam füllten.

Die heutige Sitzung erhielt dadurch noch ein besonderes Gepräge, daß der Minister des Innern, Freiherr von Bodman, zum erstenmal in seiner Eigenschaft als Staatsminister am Regierungstisch Platz genommen hatte. Neben ihm hatte sich, mit den beiden Ministern der Finanzen und des Kultus und Unterrichts auch zum erstenmal der neue Minister der Justiz, der bisherige Oberlandesgerichtspräsident Dr. Düringer, im Hause eingefunden. In warmen Worten gedachte Präsident Dr. Zehnter in seiner Eröffnungsansprache des zurückgetretenen Staatsministers Freiherrn von Dusch, dessen vornehme Gesinnung er besonders rühmend hervorhob. Mit dem Dank des Hauses verband er die besten Wünsche für den scheidenden Staatsmann, dem noch viele Jahre der Ruhe und der Erholung in Heidelberg, wohin er sich zurückgezogen habe, beschieden sein mögen. Mit gleich freundlichen Worten begrüßte der Präsident sodann den neuen Staatsminister und den Justizminister Dr. Düringer namens der Zweiten Kammer.

Staatsminister Frhr. v. Bodman erhob sich sofort, sprach seinen und des Justizministers Dank für die Begrüßung aus und gab dann eine programmatische Erklärung zu den schwebenden politischen Fragen ab, die weit über Baden hinaus die größte Beachtung verdient und finden wird. Nachdem er die großen Zeitfragen kurz gestreift und besonders auf den bundesstaatlichen Charakter des Reiches abgehoben hatte, ging Frhr. v. Bodman näher auf den Wechsel im Staatsministerium ein, der, wie er ausdrücklich betonte, keinen Wechsel des Systems bedeute. Wohl müsse die Regierung stets mit den Wünschen und der Stimmung des Volkes rechnen, eine Einführung des parlamentarischen Systems lehne aber auch die badische Regierung ab. Großen Wert dagegen lege auch sie auf ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung, darum sei der Antrag auf Ausbau des Landständischen Ausschusses zu begrüßen. Der Notwendigkeit des Ausbaues der Ersten Kammer, an der unbedingt festgehalten werden soll, steht der neue Staatsminister nicht ablehnend gegenüber. Auch die Arbeiter sollen eine Vertretung erhalten. Ihre Bedenken gegen die allgemeine Einführung der Verhältniswahl hat die Regierung auch heute noch nicht fallen lassen. Sie will aber dieses Wahlsystem für die großen Städte zugestehen. Bei der Städteordnung hält die Regierung nicht an der Klassenwahl fest; das Frauenstimmrecht aber lehnt sie ab. Nachdem der Staatsminister dann noch kurz auf die Kreisverfassungsfrage eingegangen war, das Gemeindebeamten- und das Fürsorgegesetz kurz gestreift hatte, ging er noch mit einigen Worten auf die Ressorts der einzelnen Ministerien ein, um schließlich in großen Zügen die Aufgaben des Staates nach dem Kriege zu zeichnen. Seine programmatische Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Den Reigen der Parteiredner eröffnete als Sprecher des Zentrums der Abg. Dr. Schofer, der nach einigen Dankesworten an Staatsminister von Dusch die neue Regierung unter dem Präsidium des vom Zentrum einst so oft und so heftig bekämpften Freiherrn von Bodman mit überraschender Freundlichkeit begrüßte. Das Programm, das der neue Staatsminister heute entwickelt habe, stärke das Vertrauen in seine Amtsführung. Sympathisch berühre auch die Feststellung, daß ein Systemwechsel nicht stattfinde. Schofer sprach dann mehr im Ton eines Volksredners als des Parlamentarisers über die einzelnen großen oder kleineren Fragen der Zeit. Seine gedanklich nicht ganz klar gegliederte Rede, die oft allzusehr ins Detail ging, konnte das Haus, trotz mancher scharfer Seitenhiebe, nicht immer fesseln; die großen leitenden Gedanken waren nicht deutlich genug hervorgehoben.

Nach dem Zentrumsredner ergriff der Vorsitzende der nationalliberalen Landtagsfraktion, Abg. Rebmann, das Wort zu einer politischen Rede großen Stiles. Auch er gedachte freundlich des scheidenden Staatsministers und begrüßte herzlich die neuen Männer. Im Laufe seiner Rede gedachte er auch mit anerkennenden Worten des zurückgetretenen Generaldirektors der Staatseisenbahnen, Roth, und widmete seinem Nachfolger Worte des Vertrauens. Die nun folgenden Ausführungen des nationalliberalen Redners zu den großen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen rPoblemen unserer Zeit fanden die gespannte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Die scharf durchdachte Rede enthält eine solche Fülle neuer Gedanken und Anregungen, daß hier nicht im einzelnen auf sie eingegangen werden kann. Eine Reihe der darin angeschnittenen Fragen, wie die Schaffung eines neuen Arbeitsministeriums, die finanzielle Ausnützung des Murgtalwerkes, die Darlegungen über die Aufkündigung des Großblocks und vor allem die Ausführungen über die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Regierung in der Kriegszeit und die der kommenden Friedenszeit werden voraussichtlich die bevorstehende Debatte bestimmend beeinflussen.

*

Sitzungsbericht.

6. öffentliche Sitzung.

Q. Karlsruhe, 9. Januar.

Am Regierungstisch: sämtliche vier Minister.

Präsident Dr. Zehnter

eröffnete um 9.20 Uhr die Sitzung und wünschte allen Mitgliedern ein glückliches Neues Jahr. Seit der letzten Sitzung sind, führte er aus, große Veränderungen im Staatsministerium vor sich gegangen. Mehr als 40 Jahre hat der in den Ruhestand getretene Staatsminister Frhr. v. Dusch dem Staate wertvolle Dienste geleistet. Namentlich auf dem Gebiete der Schule und der Justiz hat er sich verdient gemacht. Wir danken ihm für alles, was er in seiner langen Dienstzeit dem Staate geleistet hat, und wir wünschen und hoffen, daß sich seine Gesundheit in seinem lieben Heidelberg, wohin er im Frühjahr übersiedeln wird, festigen werde. Wir werden ihn immer als einen Mann von vornehmer Gesinnung im Gedächtnisse behalten und werden ihm gerne später wieder auf seinem Lebenswege begegnen. (Beifall). Dann begrüßte der Redner den neuen Staatsminister mit besonders herzlichen Worten. (Lebhafter Beifall). Schließlich begrüßte Dr. Zehnter noch den neuen Justizminister und würdigte seine bisherige richterliche und schriftstellerische Tätigkeit und sagte: er bringt alle Eigenschaften für sein neues Amt. Der Richterstand ist erfreut, daß wieder ein Justizminister aus seinen Reihen hervorgegangen ist. (Beifall).

Staatsminister Dr. Frhr. v. Bodmann

dankte für das Gedenken, das der Präsident seinem Freunde, dem bisherigen Staatsminister Freiherrn v. Dusch gewidmet hat und versichert, daß es für die Minister eine schmerzliche Zeit war, als der Gesundheitszustand den Freiherrn v. Dusch zwang, sich von seinem Berufe zurückzuziehen. Er hat sich durch seine große Gewissenhaftigkeit, sein starkes Vaterlandsgefühl, seine Liebe zu seinem Berufe, seinem badischen Volke, seine Anhänglichkeit an den Großherzog ein gutes Andenken gesichert. Ich schließe mich im wesentlichen dem an, was der Präsident gesagt hat.

Der Staatssekretär führte dann weiter aus:

Sie erwarten nun auch eine Uebersicht über meine Ansichten und Absichten. Ich trete nun nicht als ein Neuling vor Sie hin; ich habe die Ehre gehabt, mit Ihnen zusammen zu arbeiten 10 Jahre hindurch als Minister des Innern. Sie kennen mich und ich habe Sie kennen und würdigen gelernt Es ist aber ein anderes, Ressortminister zu sein, oder an der Spitze des Staatsministeriums zu stehen. Sie können also verlangen, zu wissen, wie ich mein Amt auffasse und mein Amt in der nächsten Zeit zu führen gedenke.

Unsere Gedanken werden jetzt beherrscht von den großen Weltereignissen. Der badische Staat ist ein Teil des Deutschen Reiches. Sein Leben und sein Heil ist unauflöslich verknüpft mit dem Leben und dem Heil des Reiches. Mit großen Opfern ist für das Reich eine machtvolle Gestaltung errungen worden. Mit noch größeren Opfern müssen wir heute diese großen Güter verteidigen. Nach mehrjährigem Kampfe ist im Osten die Friedenssonne aufgegangen, aber im Westen besteht noch der Vernichtungswille unserer Feinde, wie er besonders durch die letzte Rede des englischen Ministers Lloyd Georges zum Ausdruck gekommen ist. Das Streben unserer Feinde ist darauf gerichtet, uns deutsches Land zu entreißen im Westen und im Osten und unsere wirtschaftliche Existenz zu schädigen, wenn nicht gar zu vernichten, ebenso wie die unserer Bundesgenossen.

Darum muß das deutsche Schwert uns den Frieden erzwingen.

Wir wissen alle aus dem Munde unseres Feldherrn, daß unsere militärische Lage noch nie so gut war wie jetzt und wir dürfen auf Hindenburg vertrauen, daß das Jahr 1918 uns den Sieg und den Frieden bringen wird. (Beifall).

Auch in diesen letzten Kämpfen werden wir Badener an der Front und zu Hause unsere Pflicht tun. Wenn wir nun dem Reiche geben, was des Reiches ist, müssen wir auch fordern, daß unsere berechtigte Eigenart im Rahmen des Reiches geachtet und der bundesstaatliche Charakter des Reiches erhalten bleibe.

Was den Charakter des Wechsels im Staatsministerium betrifft, möchte ich sagen, daß der Wechsel keine Aenderung des Systems darstelle. Es ist aber ein anderes, ob die Regierung einem ordentlichen oder einem außerordentlichen Landtage zur Verfügung steht. Auch sind wir seit dem letzten außerordentlichen Landtage dem Frieden näher gekommen, sodaß wir jetzt bereits Einrichtungen treffen müssen, die im Frieden in Kraft treten. Dagegen ist es nicht möglich, an die Lösung anderer neuer Aufgaben heranzutreten, als sie in der Eröffnungsrede des Landtages angegeben sind. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil die Behörden zur Vorbereitung dieser Arbeiten nicht das erforderliche Personal zur Verfügung haben.

Dann ist auch die Regierung der Ansicht, daß ein Landtag, der im Frieden gewählt ist, zu grundlegenden Aenderungen nicht berufen ist, besonders da ein Teil seiner Mitglieder im Felde steht. Wir dürfen das Haus, in das sie zurückkehren, imstande halten und schmücken, wir können aber keine grundlegenden Aenderungen daran vornehmen. Die Regierung muß rechnen mit der Volksstimmung und dem Willen des Volkes, wenn das Volk durch die Rückkehr der Feldgrauen vervollständigt wird. Im übrigen darf ich anknüpfen an die Ansprache, mit der ich im Auftrage des Großherzogs den Landtag eröffnet habe, in der es heißt, daß an der Schwelle einer neuen Zeit neue Aufgaben gelöst werden müssen.

Wir leben aber in einem monarchischen Staate, der fest gefügt ist in seiner Ordnung. (Lebhafter Beifall). Die Träger der badischen Krone haben ihr Amt immer als eine ihnen durch Gott auferlegte Pflicht angesehen und aus dem Vertrauen zu ihrem Volke wurde vor hundert Jahren die badische Verfassung gegeben. Wenn ich anerkenen muß, daß die Entwicklung fortschreiten muß,

kann ich mich trotzdem nicht zu dem System des Parlamentarismus bekennen.

Dagegen wird es mein Bestreben sein, in steter Fühlung mit der Volksvertretung zu bleiben. Ich werde mich nach wie vor freuen, wenn eine persönliche Fühlung zwischen den Abgeordneten und mir besteht. Daß diese Fühlung erwünscht ist, dem wurde Rechnung getragen durch die Errichtung des landständischen Ernährungsbeirates. Die Uebertragung dieser Einrichtung auf andere Gebiete wird sich ohne Aenderung der Verfassung ermöglichen lassen, wenn man diese Aufgaben dem landständischen Ausschusse überträgt. In diesem Sinne begrüße ich den aus dem Hause gestellten diesbezüglichen Antrag.

Bei der Aenderung der Staatsverfassung

wird dem Verlangen nach einem Ausbau der Ersten Kammer in berufsständischem Sinne durch Vermehrung der bürgerlichen Mitglieder und durch Arbeitervertreter Rechnung getragen werden. An der Ersten Kammer selbst hält die Regierung fest. Einer Erweiterung des Wahlrechtes der Zweiten Kammer im Sinne der Verhältniswahl stehen noch die Bedenken der Regierung entgegen, die sie bisher hatte. Die Regierung ist aber bereit, das Wahlsystem in den größeren Städten eintreten zu lassen und sie wird bereits diesem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf zugehen lassen.

Hinsichtlich der Kreisverfassung scheint sich nach den vorliegenden Anträgen im Hause eine Annäherung an die Auffassung der Regierung vollzogen zu haben. Daß eine Aenderung des Wahlrechts eintreten muß, ist auch die Ansicht der Regierung.

Zur Reform der Gemeindeverfassung ist durch den Mannheimer Entwurf die Grundlage zur Erörterung gegeben. Auf einzelnes hier weiter einzugehen, versage ich mir. Die Regierung hält aber nicht an der Klassenwahl fest, dagegen hält sie ihre Bedenken aufrecht gegen das Frauenstimmrecht. Es wird auch zu prüfen sein, ob die Finanzen der Gemeinden neu geregelt werden sollen. Ein Gemeindebeamtengesetz ist schon vor dem Kriege vorbereitet worden. Das Fürsorgegesetz ist ebenfalls neu zu regeln.

Auf die weiteren Aufgaben glaube ich nicht näher eingehen zu sollen.

Der Wiederaufbau und die Weiterentwickelung der Dinge nach dem Kriege

bringen manche neue Aufgabe: Die Uebergangswirtsftaft, die Mittelstandspolitik, die Kriegsbeschädigten- und die Hinterbliebenenfürsorge, die Wohnungsfürsorge, der Geburtenrückgang, die Säuglingsfürsorge und die Fürsorge für das Kleinkind, die soziale Hygiene, die Schiffbarmachung des Oberrheins, die Elektrizitätsversorgung des Landes und die Mitarbeit an der sittlichen Wiedergeburt des Volkes. Auch der Geist der neuen Zeit hat Schattenpunkte aufzuweisen, die beseitigt werden müssen. (Beifall.) Mit den Aeußerungen des Finanzministers in seiner Rede zum Staatsvoranschlag bin ich vollständig einig. Ich ergreife die Gelegenheit, Ihnen zu danken für die Bereitwilligkeit, mit der Sie die Zuschläge zur Einkommensteuer bewilligt und dadurch mit dazu beigetragen haben, daß unsere Finanzen in Ordnung sind. Was der Finanzminister über die Opferwilligkeit des Eisenbahnpersonals gesagt hat, möchte ich bestätigen. Ich freue mich über die Errichtung einer Beamtenspar- und Darlehenskasse. Die Beamten haben ihre Schuldigkeit während des Krieges vollständig getan und sie verdienen deshalb eine besondere Fürsorge. Ich stimme auch den Ausführungen des Finanzministers über die Notwendigkeit der Abgrenzung der Finanzen zwischen Staat und Reich zu. Auf dem Gebiete der Kirche und Schule stehe ich auf dem Standpunkte des Kultus- und Unterrichtsministers. Wenn man berücksichtigt, was die Kirche während des Krieges geleistet hat, ist es nicht nur dankbar, sondern auch politische Klugheit, wenn man die Religion pflegt. Zur Bekämpfung der Zuchtlosigkeit ist nicht nur die Polizei notwendig, es ist auch notwendig der innere Ausbau hierzu, die Religiosität. Zur Rechtspflege kann ich versichern, daß das Bestreben des Justizministers, auf der Höhe zu halten, zu vereinfachen und zu verbilligen unsere volle Zustimmung findet.

So eröffnet sich ein reiches Feld für unsere Tätigkeit. Ich hoffe, daß wir im gegenseitigen Vertrauen nützliche Arbeit im Interesse unseres Landes leisten. Jetzt befinden wir uns noch im Kampfe. Das Vaterland wird ihn siegreich bestehen und sich zu neuer Blüte entwickeln. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident gab hierauf eine Anzahl Einläufe bekannt. Dann wurden

zwei kurze Anfragen

beantwortet.

Minister Dr. **Rheinboldt** betont, daß die Salinen ihre Salzproduktion nicht eingeschränkt haben. Schuld in der Salzknappheit seien vielmehr die durch eine Salzpanik hervorgerufene Eindeckung des Publikums an Salz. Eine beliebige Steigerung der Produktion des Salzes sei leider nicht möglich. Von einem wirklichen Mangel an Salz könne in Baden nicht die Rede sein.

Minister v. **Bodman** teilt in Beantwortung einer Anfrage des Abg. Banschbach (N. V.) mit, daß eine Erweiterung in der Zurückbeförderung der über 45 Jahre alten Landsturmleute von der Front, die mehr als 6 Monate an der Front waren, beabsichtigt sei.

Das Haus trat in die Tagesordnung ein.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.)

gedenkt des Regierungswechsels und widmet dem ehemaligen Staatsminister v. Dusch freundliche anerkennende Worte und hebt seine hervorragende Arbeitskraft, seine Unparteilichkeit, sein hohes Interesse für alle öffentlichen Fragen hervor. Der Redner begrüßt die Ernennung des neuen Staatsministers. Wir sind gewillt, mit der Regierung an den großen neuen Fragen, die die Zeitverhältnisse aufwerfen, zu arbeiten und glauben, daß ein gedeihliches Arbeiten zwischen Regierung und uns möglich ist, zumal ein Systemwechsel ja nicht beabsichtigt ist. Der Redner begrüßt den neu ernannten Justizminister mit herzlichen Worten und wendet sich der Finanzlage des Landes zu. Dabei zollte er der Finanzpolitik der Regierung Beifall. Eine besondere Sorgfalt müsse der Staat dem staatstreuen Beamtenstande widmen; die Verhältnisse zwischen Reichs- und Staatsfinanzen müßten geklärt werden. Dann besprach der Redner die Kriegslage und stellte fest, daß die Schuld an dem Andauern des Völkermordens unsere Feinde tragen. Denn Deutschland habe wiederholt die Hand zum Frieden geboten, diese sei schnöde zurückgewiesen worden. Zur Reichsleitung können wir das hohe Vertrauen haben, daß sie in diesen schwierigen Fragen den rechten Weg einschlagen werde. Wir wünschen aber, daß Reichsleitung und Heeresleitung den gleichen Weg gehen. Die Hinzuziehung des heiligen Stuhles zu den Friedensverhandlungen müssen wir fordern. Gegen die Bestrebung der Feinde, den Kampf auf das Wirtschaftsleben nach dem Kriege hinüberzuspielen, muß sich das ganze Volk wenden. Darum rufen wir dem Volke zu: Einigkeit, Einigkeit zwischen Volk und Regierung, Einigkeit zwischen den verschiedenen Erwerbsständen. Das parlamentarische System, wie es unsere Feinde für uns wünschen, lehnen wir ab, doch soll das Volk in weitem Maße zur Leitung der Staatsnotwendigkeiten herangezogen werden. Der Redner besprach verschiedene Mißstände in unserem Heerwesen, ferner kirchenpolitische Fragen und schloß mit einer Betonung der Wichtigkeit der Religion für unser Volkswesen.

Abg. Rebmann (nat.-lib.).

Namens meiner Freunde schließe ich mich den Worten an, die der Präsident dem bisherigen Staatsminister gewidmet hat. Den neuen Männern hat der Präsident ebenfalls warme Worte gewidmet, denen wir uns auch anschließen können. Der neue Staatsminister ist kein neuer Mann, er wird sich nicht das Vertrauen erst zu erwerben haben, er darf auf einen Besitz zurückblicken und dieser Besitz gibt uns die Bürgschaft auch für die Zukunft.

Wir haben zu Beginn des Landtags

die Thronrede

besonders freudig begrüßt wegen des warmen Tones und der Bedeutung des Inhalts. Mit der Zusage, daß die Einrichtungen des Staates, der Gemeinden und der Kreise neu geordnet werden sollen, glauben wir, daß das Gebot der Stunde erfüllt wird. Von der von hohen Gedanken getragenen Rede, die Prinz Max von Baden in der Ersten Kammer gehalten hat, müssen wir bedauern, daß sie im Inland und im Ausland von einem Teil der Presse kommentiert wurde. Die Ausführungen des Finanzministers über die Lage der Staatsfinanzen waren nicht unerfreulich. Danach wird Baden ohne Minderung seines Vermögens aus dem Kriege hervorgehen. Voraussetzung davon ist allerdings, daß das Reich alle Vorschüsse, die Baden geleistet hat, zurückzahlt. Ob dies geschehen wird, darüber kann man erst urteilen, wenn der Frieden uns eine ansehnliche Kriegsentschädigung bringen wird. Die vorhandene Aussicht, daß die Amortisationskasse wieder ihrem ursprünglichen Zwecke zurückgeführt werden muß, ist jedoch nicht erfreulich.

Die Staatseinnahmen

zeigen ein Kriegsbild: Die Einnahmen aus den direkten Steuern sind stark gewachsen, das sind die Einnahmen aus den Kriegsgewinnen, die übrigen sind zurückgegangen. Die Einnahmen aus den Kriegsgewinnen werden nun nach dem Friedensschlusse versiegen, ob die übrigen Einnahmen in erwünschter Weise steigen werden, hängt ab von dem Frieden, den unsere Waffen von den Feinden erzwingen werden. Bei früheren Gelegenheiten, bei Auseinandersetzungen über die Abgrenzung der Finanzen von Reich und Einzelstaat, haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir die direkten Steuern für die Einzelstaaten, die indirekten für das Reich beanspruchen. Ich muß hier aussprechen, daß wir an diesem Standpunkte nicht mehr festhalten können. Dagegen schließen wir uns der Forderung des Finanzministers an, daß eine endgültige Abgrenzung der Finanzen zwischen Staat und Reich erzielt werden muß. Vor allem steht in erster Linie

der Wiederaufbau unserer Wirtschaft

und die Möglichkeit unserer Industrie Arbeit zu schaffen. Eine neue Sorge ist entstanden in dem Wiederaufbau des Mittelstandes Ferner erwarten uns noch Aufgaben anderer Art. Diese können aber nur durchgeführt werden, wenn wir die nötigen Mittel haben. Das neue Steuerprogramm des Finanzministers können wir billigen, auf das entschiedenste müssen wir fordern, daß die Kriegsgewinne zu genügenden Steuern herangezogen werden. Der Staat muß auch mehr als bisher als Produzent, Erwerber und Geldschaffer auftreten. Unsere Eisenbahnen können nicht nur aus sozialen Gesichtspunkten geleitet werden, sie müssen in Zukunft dem Staate auch einen Ertrag liefern. Bei dem Murgwerke, das nur aus sozialen Bewegpunkten gedacht war, muß ein Ertrag dem Staate zugeführt werden. Aber alles was hier zu sagen ist, ist noch unsicher, deshalb versage ich mir auf Einzelheiten einzugehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An der Leitung unserer Staatsbahnen ist ein Wechsel eingetreten. Es ist hier früher an der Tätigkeit des bisherigen

Generaldirektors Roth

Kritik geübt worden. Aber ich möchte auch hier aussprechen, daß wir Veranlassung genommen haben, diesem Mann warmen Dank abzustatten. Sein Nachfolger hat unser Vertrauen, er ist uns kein fremder Mann.

Es sind nun Fragen aufgerollt worden, die die Zeit nach dem Frieden betreffen. Die Frage ob dafür heute schon die Zeit zur Lösung dieser Aufgaben ist, ist auch bei unsern Freunden verschieden beantwortet worden. Die Dinge sind ohne unsere Schuld ins Fließen gekommen und wer dabei steht und zuschaut, darf sich nicht wundern, wenn dann die Dinge anders kommen, als wenn er Hand angelegt hätte. Außerdem darf nicht verkannt werden, daß der Krieg neue Verhältnisse geschaffen hat, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, ob wir wollen oder nicht. In unserm Verhältnis zum Reich haben die Unifizierungsbestrebungen bedeutenden Fortschritt gemacht, demgegenüber halten wir fest an der gesunden Zusammensetzung des Volkes und darum sind wir für den föderalistischen Aufbau unseres Reiches. Aber der Einzelstaat darf sich seinen neuen Aufgaben nicht entziehen. Dazu ist eine Neuordnung unseres Verwaltungswesens notwendig. Hier ist die Forderung zu stellen auf

die Schaffung eines Arbeitsministeriums

oder Verkehrsministeriums. Die neue Zeit fordert hier eine Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte und aller Wirtschaftsbetätigung und es geht nicht an, die Arbeiten, die einer Sache angehören, von verschiedenen Ministerien behandeln zu lassen. Das Gewerbe dürfte am besten bei dem Ministerium des Innern verbleiben. Dem neuen Ministerium wäre der Ausbau der Bodenschätze, die Teilnahme an gemischten Betrieben usw. zu überweisen. Die Ausnützung der Bodenschätze wird ein erhöhtes Interesse fordern. Wir haben daran zu denken, daß wir Bodenschätze haben, die wir bisher noch nicht genügend berücksichtigten, so die Gipslager im Süden unseres Landes. Alles dies zusammen mit den Aufgaben unserer Wirtschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen, wird Aufgabe des neuen Ministeriums sein. Es fragt sich nun, ob wir mit 5 Ministerien nicht zu viele haben. Diese Frage ist verschieden beantwortet worden, so hatten wir früher zeitweise 6 Ministerien. Daß das Ministerium des Innern zu groß ist, wissen wir. Der jetzige Zustand ist nur möglich geworden, dadurch, daß der Minister des Innern allmählig in die Arbeit hineingewachsen ist und daß er eine große Begabung und eine seltene Arbeitsfreudigkeit mitgebracht hat. Den Kreis- und andern Organisationen muß ein Teil der Arbeit zugewiesen werden und die Frage ist, ob die Mittelstellen einzuziehen sind, vielleicht auch noch die Landeskommissariate.

Es muß möglichst für Dezentralisation gesorgt werden.

Es darf aber nicht so organisiert werden, wie es heute bei dem Unterrichtsministerium der Fall ist. Wir haben das Unterrichtsministerium begrüßt und der Lehrerstand hat eine Förderung der Unterrichtsverhältnisse erwartet. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, trotzdem eine hochstehende Beamtenschaft im Ministerium tätig ist und zufriedenstellende Arbeit leistet, weil die Organisation nicht richtig durchgeführt ist. Vor einer trivialen Kleinarbeit kommt das Ministerium nicht dazu, sich mit dem Unterricht zu beschäftigen. Es hat sich auch der nicht erfreuliche Zustand ergeben, daß die Arbeit in Erziehungsfragen nicht bei dem Ministerium, sondern bei den Städten ist. Der Ausbau des Realschulwesens ist im wesentlichen von den Städten besorgt worden.

Was die politische Seite unseres Neuaufbaus anbelangt,

geht sie von dem Gedanken aus, daß das Volk durch seine Teilnahme am Kriege bewiesen hat, daß ihm Einfluß auf seine Verwaltung im größeren Maße gebührt. Eine Parlamentsherrschaft nach westlichem Muster lehnen wir allerdings ab, sie hat in Nordamerika zu einer reinen Tyrannis geführt. In der Berufung hervorragender Parlamentarier in die Regierung sehen wir ein gutes Mittel, um zwischen Volksvertretung und Regierung einen Zusammenhang zu schaffen. Auch die Verständigung zwischen der Regierung und dem Parlament bei der Ernennung des neuen Reichskanzlers hat sich als nützlich erwiesen.

Der Redner besprach nun

die von der nationalliberalen Partei eingebrachten Anträge zur politischen Neuorientierung.

Zu dem Antrag auf Ausbau des Landständischen Ausschusses gab der Redner seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Regierung sich in zustimmendem Sinne dazu geäußert habe. Dann fuhr er fort: Der zweite Antrag zielt auf eine Erneuerung in der Besetzung der Ersten Kammer. Hierbei haben sich Wünsche der Israeliten, der Beamten und der kaufmännischen Angestellten erhoben nach einer Vertretung in dieser Kammer. Die Wünsche der Israeliten sind leicht zu befriedigen, da sie bereits eine staatliche Vertretung haben. Schwieriger ist dies bei den übrigen Gruppen. Ihre Wünsche sollen aber wohlwollend geprüft werden. Ich freue mich, daß die Anregungen die im Landtage ausgesprochen wurden, beim Ministerium auf eine guten Boden gefallen sind. Eine Ausnahme ist dabei gemacht worden bei der Einführung der Verhältniswahl. Was hier aber die technische Seite anbelangt, ist in unserm Antrage ein Fortschritt enthalten, so daß damit der Boden für eine Verständigung gegeben ist.

Unser Antrag über die Kreisverfassung verlangt eine Aenderung des Wahlverfahrens, die Wahl durch die Gemeinden, damit können sich jetzt auch die Sozialdemokraten einverstanden erklären, nachdem die Klassenwahl bei den Gemeinden abgeschafft werden soll. Durch die Zusammenfassung der Kreise in 4 Kreisverbände können größere und leistungsfähigere Organisationen geschaffen werden.

Die Gemeindeverfassung ist auch Gegenstand eines unserer Anträge. Hier haben wir aber keinen ausgearbeiteten Antrag eingereicht, weil wir meinen, daß das ganze Gesetz durchgesehen und abgeändert werden soll. Für diese große Arbeit haben wir aber die Ziele gesetzt, nämlich die Einschränkung der Staatsaufsicht, den Ausbau der Städteordnung, die Beseitigung der Klassenwahl.

Der Schulantrag unserer Fraktion wird bei Beratung des Unterrichtsministeriums begründet werden. Wir freuen uns, daß die Schule an dem glücklichen Verlaufe des Krieges beteiligt gewesen ist. Das wissen auch unsere Feinde und wir müssen alles daran wenden, daß der Vorsprung, den wir auf dem Gebiete des Schulwesens haben, von uns eingehalten wird. Die allgemeinen Gesichtspunkte für unsere Anträge sind, daß der badische Staat neu gestärkt in die neue Zeit eintreten möge.

Zu den kirchenpolitischen Fragen

bemerkte der Redner:

Wir halten fest an dem Grundgedanken, daß das Volk mehr als bisher eine Zusammenfassung aller Kräfte notwendig hat. Wir werden an die Vorlagen herantreten auch mit dem Bewußtsein was die geschichtliche Entwickelung von uns fordern kann und in dem Gedanken, daß die Abgrenzung des Machtbereichs zwischen Staat und Kirche, wie sie in den 60er Jahren vorgenommen wurde, sich bewährt hat und im wesentlichen nicht der Abänderung bedarf.

Besondere Sorge macht uns in der Zukunft die Lage des Mittelstandes.

Durch den Krieg ist auf der einen Seite eine Erstarkung der Industrie, auf der andern Seite eine Erstarkung der Arbeitermassen, eine Erstarkung der Landwirtschaft erfolgt. Daneben befindet sich der Mittelstand aller Schichten in einem grauenhaften Zusammenbruch. Der Staat hat aber ein Interesse, die Selbständigkeit dieser Existenzen zu wahren. Er hat also an dem Wiederaufbau der selbständigen Existenzen des Mittelstandes ein Interesse. Gegen eine Zersetzung des Staatswesens ist das beste Rückgrat die Beamtenschaft. Sie muß deshalb gesund erhalten bleiben. Mit der Vereinfachung der Staatsverwaltung muß Ernst gemacht werden.

Der Krieg hat auch zerstört, das was man Großblock nennt.

Der Großblock ist entstanden aus wahltaktischen Bedürfnissen und aus den Erwägungen allgemein politischer Art. Wahltaktische Bedürfnisse sind vergänglich. Anders liegt es aber mit der Einordnung der Sozialdemokraten in den Staat. Das wurde ermöglicht durch ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten. Wir haben damals erkannt, daß ein Teil der Bevölkerung grollend vom Staat abseits stand. Wir waren damals der Meinung, daß die Sozialdemokratie mitarbeiten muß am Staate auf dem Boden der Gleichberechtigung. Die Erfüllung dieser Wünsche hat der 4. August 1914 gegeben und es darf nicht als einen Zufall angesehen werden, daß jener Mann aus Baden war, der den Anschauungen der Sozialdemokratie am 4. August Ausdruck verliehen hat. Daran zu einem kleinen Teile mitgearbeitet zu haben, mag für uns alle eine frohe Erinnerung sein. Wir hoffen, daß von dem Geist des 4. August 1914 auch noch nach dem Kriege etwas erhalten bleibt. Am 4. August hat sich die Sozialdemokratie auf den Boden des Vaterlandes gestellt und zwar wie geschehen, rückhaltslos. In die Zwischenzeit fällt aber der 19. Juli 1917. Ich glaube aber, der Mehrheitsbeschluß von jenem Tage hat seine Grundlage verloren. Auch hier in Baden hat die Kritik der unabhängigen Sozialdemokraten, die indirekt diesen Beschluß veranlaßt hat, Einfluß gehabt, denn der Mann, der den Großblock gesprengt hat, ist hier im Hause und heißt Adolf Geck. (Zuruf des Abg. Kolb: Da irren Sie sich.)

Die Aufgaben, die uns der Krieg gestellt hat,

werden uns vorbereitet finden müssen. Wir stehen vor einer Verrohung der Jugend, die uns erschreckt, vor einer Entsittlichung des Volkes, vor Frauenfragen, vor dem Kriegswucher. Da wird uns als Mittel die Demokratisierung und Parlamentarisierung empfohlen, ferner das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aehnliche Schlagwörter hat man bereits vor 100 Jahren nach den Freiheitskriegen zu hören bekommen, auf dem Wiener Kongresse. Damals war die Reaktion damit in Verbindung, heute sind es die radikalen Elemente. Wir Deutsche denken ideal und zu ehrlich.

Der Redner wandte sich weiter

gegen das Schlagwort vom annexionslosen Frieden

und erklärte, wir brauchen Lebensraum für unser Volk und dieser Lebensraum sei das Naturrecht eines gesunden Volkes. Aus diesem Naturrechte heraus müssen wir alles fordern, was unser Volk in Zukunft braucht. Weil der Friede nicht besser aufgehoben ist als in deutschen Händen und im deutschen Volke, werden wir auch der Menschheit einen Dienst erweisen, wenn wir das tun, was wir unserem Volke schuldig sind. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf vertagte sich das Haus auf morgen Vormittag 9 Uhr. Tagesordnung Fortsetzung der heutigen Aussprache.

Schluß der Sitzung ½2 Uhr.

Aus dem Großherzogtum.

+ **Rastatt**, 8. Jan. Am Montag Nachmittag entstand in der Wirtschaft zur Krone hier ein Brand im Dachstuhle über dem Saalbau. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf einige tausend Mark.

* **Kehl**, 8. Jan. Wie die „Kehler Ztg." mitteilt, nimmt man an, daß der Brand in der Brauerei Eidel durch Selbstentzündung im Hopfenlager entstanden ist. Sechs Zentner Malz und eine Fuhre Gerste fielen dem Feuer zum Opfer. Die vom Brande beschädigten Maschinen hofft man wieder herstellen zu können. Immerhin ist der Schaden bedeutend, neben der Stillegung des Betriebes beträgt der Sachschaden 100 000 M.

‡ **Lahr**, 8. Jan. Die Masern haben schon seit Wochen die Lahrer Kinderwelt in Mitleidenschaft gezogen. Die Krankheit hat hier ungefähr 10 Opfer gefordert.

Hausach, 8. Jan. Der 12jährige Erhard Pfaff kam beim Rodeln zu Fall und erlitt schwere Verletzungen am Rückgrat.

WTB. **Freiburg**, i. Br. 9. Jan. Der kommandierende General der Luftstreitkräfte besichtigte gestern die zum Schutze von Freiburg aufgestellten Abwehrformationen. Hieran anschließend fanden Besprechungen mit dem Landeskommissär und dem Oberbürgermeister von Freiburg statt dahingehend, daß Freiburg weitere Verstärkungen an Abwehrformationen erhalten wird.

‡ **Lörrach**, 8. Jan. Am Sonntag brannte auf dem Gärtnereianwesen von Gerwig ein Ziegelstall nieder. Mitverbrannt sind sieben Kaninchen und eine Ziege.

* **Konstanz**, 8. Jan. Vorletzte Nacht gegen ½12 Uhr soll hier ein leichter Erdstoß gespürt worden sein. Wir gaben die uns hierüber vorliegenden Beobachtungen zunächst nicht wieden, da etwas zuverlässiges nicht zu erfahren war. Nun aber wird auch aus Arbon gemeldet, daß dort zur selben Zeit ein Erdbeben verspürt wurde. Das Geräusch war ziemlich stark, und viele Leute wurden aus dem Schlafe aufgeweckt. Genauere Beobachtungen über die Stoßrichtung waren nicht zu machen. — Ferner wird der „Konst. Ztg." aus Berlingen gemeldet, daß man dort am Sonntag vormittag 11 Uhr 10 ein Erdbeben verspürte. Die Häuser erzitterten und durch das Gebälk der Häuser ging ein Aechzen: im gleichen Moment krachte es im Eis auf dem See und eine große „Wane" sprang. Es besteht nun Zweifel darüber, ob man es mit einem Erdbeben zu tun hatte.

Letzte Drahtberichte.

Gefangenen-Austausch.

WTB. **Rotterdam**, 9. Jan. Der erste Transport der deutschen Austauschgefangenen aus England auf Grund des Abkommens vom 2. Juli 1917 trifft wahrscheinlich Ende dieser Woche in Holland ein. Unter ihnen wird sich der Kommandant des deutschen Kreuzers „Emden", Fregattenkapitän Karl v. Müller befinden.

General Lize gefallen.

WTB. **Paris**, 9. Jan. (Havas.) Der französische General Lize ist an der italienischen Front gefallen.

Eine Interpellation der französischen Sozialisten.

Paris 8. Jan. (Agence Havas.) Die sozialistische Regierungsgruppe hat die Abgeordneten Cachin, Albert Thomas und Renandel beauftragt, die Regierung über die diplomatische Kriegsführung zu interpellieren.

Eisenbahnerstreik in Argentinien.

WTB. **Buenos Aires**, 9. Jan. Die Eisenbahnangestellten der Südlinie haben beschlossen, in 48 Stunden in den Ausstand zu treten.

Sturz des australischen Ministeriums Hughes.

* **Melbourne** (Australien), 6. Jan. Das Kabinett Hughes hat infolge der Niederlage bei der Volksabstimmung über die Dienstpflicht abgedankt. Der Arbeiterführer Tudor ist mit der Bildung des Ministeriums beauftragt worden.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht

WTB. **Wien**, 9. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge ungünstiger Sichtverhältnisse blieb die Gefechtstätigkeit auf einzelne Feuerüberfälle beschränkt.

Der Chef des Generalstabs.

Ein Schweizer Protest in Paris.

WTB. **Bern**, 9. Jan. (Amtliche Meldung.) Da die Untersuchung betreffs der über Kallnach abgeworfenen Bomben ergab, daß es sich um Sprengstücke gleicher Art handelt wie diejenigen von Pruntrut, Muttenz und Menziken, wurde die Schweizer Gesandtschaft in Frankreich beauftragt, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, worin nachdrücklich und in aller Form gegen derartige Handlungen protestiert wird und die kategorisch auf vollständige Unterdrückung solcher Verletzungen des Schweizer Gebietes sowie auf Bestrafung der Schuldigen dringt.

Das französische Parlament.

WTB. **Paris**, 9. Jan. (Havas.) Kammer und Senat haben gestern die Sitzungen wieder aufgenommen. Die Alterspräsidenten hielten bewegte Ansprachen, in denen sie die Rückgabe Elsaß-Lothringens verlangen. Sie führten die Worte Lloyd Georges an, der als Dolmetscher des Gewissens der Menschheit erklärt habe, daß England die französische Demokratie in ihrer Forderung nach einer Ueberprüfung des großen im Jahre 1871 begangenen Unrechtes bis in den Tod unterstützen werde. Schließlich richteten die Alterspräsidenten an die Kammern die Aufforderung, den Burgfrieden zu wahren. In der Deputiertenkammer wurde Deschanel zum Präsidenten und die vier abtretenden Vizepräsidenten wiedergewählt. Dann vertagte sich die Deputiertenkammer bis zum nächsten Donnerstag. Im Senat wurde Dubost zum Präsidenten gewählt.

Portugal.

WTB. **Lissabon**, 9. Jan. (Havas.) Die Gerüchte über eine Verschwörung gegen die Regierung entbehren der Begründung. Es herrscht vollkommene Ruhe. (?)

Folgenschwerer Schiffszusammenstoß.

WTB. **London**, 8. Jan. Lloyds teilt mit, daß der Dampfer „Tovchi" nach einem Zusammenstoß bei Schanghai gesunken ist. Hundert Personen sind ertrunken.

Die Friedens-Verhandlungen.

WTB. **Wien**, 6. Jan. Die Blätter erblicken in der Reise Trotzkis nach Brest-Litowsk einen neuerlichen Beweis der Friedensbereitschaft Rußlands und drücken, da auf Seiten des Vierbundes die ehrliche und aufrichtige Geneigtheit herrscht, mit Rußland in ein freundschaftlich gutes Verhältnis zu treten, die Erwartung aus, daß die noch schwebenden Differenzen ihre Lösung finden werden.

Eine Botschaft Wilsons.

WTB. **Washington**, 9. Jan. Präsident Wilson hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet, die sich mit den Vorgängen in Brest-Litowsk beschäftigt

*

Eine russische Aeußerung über die Pläne der Entente.

Berlin, 8. Jan. Ein Funkspruch aus Petersburg vom 6. Januar 1918, 9,40 Vormittags:

„An Alle" besagt: Lloyd George äußerte sich in dem Sinne, daß Rußland erst seine Grenzen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn festsetzen müsse, ehe von Verhandlungen über den allgemeinen Frieden die Rede sein kann. Die Publizisten der Ententeländer weisen mit größerer oder geringerer Aufrichtigkeit darauf hin, daß es für die Alliierten vorteilhafter sein werde, Friedensverhandlungen ohne Rußland zu führen, da Rußland sich jetzt an den allgemeinen Unternehmungen nur mehr mit negativem Kapital beteilige. Wenn in diesen Aeußerungen ein Umschwung zu verzeichnen ist, so nur nach der Seite größerer Aufrichtigkeit. Die Alliierten halten es für vorteilhafter, den Deutschen die Abrechnung mit Rußland vorläufig allein zu überlassen. Deutschland soll sich auf der Linie des geringsten Widerstandes auf Kosten Rußlands entschädigen. Je größer diese Entschädigung im Osten ausfällt, umso leichter wird es dann den alliierten Regierungen sein, sich mit den Deutschen im Westen zu einigen. Selbstverständlich könnten die Alliierten die gleichen Resultate auch auf dem Wege eines allgemeinen Friedens erzielen. In diesem Falle wäre es aber allen klar, daß die Alliierten Polen, Litauen und Rumänen bewußt verraten und diese Länder als Mittel zur Begleichung ihrer Rechnung mit Deutschland benutzt haben. Für die Alliierten gibt es aber einen viel bequemeren Weg. Rußland zu einem Sonderfrieden zu veranlassen. Sie werden den Deutschen erlauben, die Letten, Litauer und Polen zu vergewaltigen, um nachher nicht nur diese Vergewaltigung auszunützen, sondern auch die Verantwortung dafür vor ihren eigenen Völkern abzulehnen.

Dies der Plan der Entente. . . .

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

() **Berlin**, 9. Jan. Nach Beendigung der Aussprache über die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland wandte sich gestern der Hauptausschuß des Reichstags der Beratung der handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu. Auf eine Anfrage, ob und wieweit die Behauptungen des Dr. Heim in seinem bekannten Artikel „Eine schlimme Botschaft" begründet seien, erklärte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Freiherr v. Stein, u. a., die Verhandlungen mit Vertretern der österreichisch-ungarischen Regierung über eine wirtschaftspolitische Annäherung hätten bisher einen lediglich vorläufigen Charakter gehabt. Eine Entschließung oder Bindung der deutschen Regierung sei jedoch in keiner Hinsicht erfolgt. Bevor eine Entschließung erfolge, werde mit Vertretern der beteiligten Kreise, also auch der Landwirtschaft, enge Fühlung genommen werden und dies sei schon für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Von einer Schädigung der Interessen der deutschen Landwirtschaft, wie sie Dr. Heim in dem genannten Artikel als vollzogene Tatsache hinstellte, könne sonach nicht die Rede sein.

Die Ausdehnung des Hanf- und Flachsbaues im Jahre 1918 eine militärische und nationale Notwendigkeit.

Die Sicherstellung des Bedarfs an Gespinst- und Gewerbeerzeugnissen für Heer und Volk erfordert dringend für das Wirtschaftsjahr 1918 eine weitere Steigerung des Hanf- und Flachsbaues.

Die zuständigen Reichsstellen haben der Badischen Landwirtschaftskammer in Karlsruhe die gesamte Organisation des vertragsmäßigen Anbaues und Absatzes von Hanf und Flachs nebst Saatgutverteilung in Baden übertragen.

Nach den für das Erntejahr 1918 festgelegten Garantiepreisen ist der Faseranbau sehr lohnend. Die gegen das Vorjahr wesentlich erhöhten Preise betragen für Rohhanfstengel je nach Stengelstärke 9—18 Mark pro 100 Kg., für Röststengel 15—27 M, für Brechhanf 210 bis 250 M, für Schleißhanf 250—300 M; Strohflachs wird je nach Qualität mit 22—32 M, Röstflachs mit 36—50 M bezahlt. Für gutes, brauchbares Hanfsaatgut beträgt der Vertragspreis 160 M, für entsprechendes Leinsaatgut 74 M, jeweils pro 100 Kg. Erträgnisse von 60—90 Dz. getrocknete Rohhanfstengel und bis zu 40 Dz. lufttrockener Strohflachs pro Hektar sind bei entsprechendem Boden, Düngung und Kultur in Deutschland keine Seltenheiten.

Die Möglichkeit, Stengelhanf und Strohflachs auf Wunsch unbearbeitet an besondere Röstanstalten, welche die Arbeit des Röstens, Brechens und Schwingens übernehmen, liefern zu können, bedeutet für die Anbauer in der gegenwärtigen Kriegszeit einen wesentlichen Vorteil.

Dem vertragsmäßigen Anbau steht das sehr wichtige Recht der Rücklieferung auf größere Mengen von Flachs- und Hanffasern bezw. Erzeugnissen daraus, wie Seilerwaren, Bindegarn, Drillich, Leinwand, auch von Leinöl und Oelkuchen zu einem bedeutend ermäßigten Preise als eigener Wirtschaftsbedarf zu.

Der vermehrte Faserbau bringt unseren Landwirten und Bauern nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern sie erfüllen damit in hohem Maße auch eine vaterländische Pflicht. Nähere Auskunft erteilt die Badische Landwirtschaftskammer Karlsruhe, Baden.

Gerichtsverhandlungen.

Q. **Karlsruhe**, 9. Jan. Der Wirt Hans Brinckmann aus Elberfeld wurde vom Schöffengericht zu Pforzheim wegen übermäßiger Preissteigerung zu 300 M Geldstrafe oder zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte Kaffee und Tee an einen Dritten verkauft, der ihm Preise geboten hatte, die über die geltenden Höchstpreise gingen. Von verschiedenen weiteren Anklagepunkten hatte das Schöffengericht den Angeklagten Brinckmann freigesprochen, so von der Anschuldigung, daß er meldepflichtige Ware, Tee und Kaffee, den er im Besitze hatte, nicht angegeben habe. Gegen das Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Das Gericht gab der Berufung statt und verurteilte den Angeklagten wegen Vergehens gegen die Verordnung über die Anzeigepflicht für Kaffee und Tee zu 200 M und wegen übermäßiger Preissteigerung zu 2000 M Geldstrafe.

Büchertisch.

Rücksendung von Rezensionsexemplaren ist ausgeschlossen. Besprechung erfolgt nach freiem Ermessen.

Es sind folgende Bücher bei uns eingegangen:

Die neueste Nummer der „Leipziger Illustrierten Zeitung" (Verlag J. J. Weber, Leipzig) Nr. 3888 beginnt in ihrem Textteile mit einem „Rückblick auf die ersten 5 Monate des vierten Kriegsjahres", der zunächst „Den Landkrieg" von Generalleutnant z. D. Wollmann schildert. Vom Minenkrieg erzählt Friedrich Seel und drei Originalzeichnungen von Max Pohl-Steglitz veranschaulichen seine Beschreibung. Das dem Laien sehr schwer verständliche „Richten der Artillerie nach der Karte" erläutert Oberleutnant Bruno Liegs an Hand von schematischen Darstellungen. Dem Wirken des kürzlich verstorbenen Professor Wilhelm Trübner widmet Artur Dobsky-Leipzig einen Artikel, der gleichzeitig ein Bildnis des Künstlers und einige seiner hervorragenden Werke zeigt. Die reich illustrierte Nummer bringt ferner eine farbige Doppelseite von Professor Hans W. Schmidt „Stimmungsbild aus dem Tal der Aisne: In Staub und Nebel zur Front"; eine farbige Ganzseite von Professor Hans Tilsen „Michaeliskirche" und alte Universität in Erfurt" und ferner eine stimmungsvolle Ganzseite von Willibald Krain „Der deutsche Feldsoldat" und sonstige interessante Bilder.

An die Arbeiter, Arbeiterinnen und Betriebsbeamte

der

Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

Da die **Hindernisse,** welche der **Wiederaufnahme der Arbeit bisher entgegenstanden, noch immer nicht behoben sind, muss der Betrieb in den Werkstätten** der Firma in **Karlsruhe** und **Grötzingen** 1043

bis auf weiteres

eingestellt bleiben.

Karlsruhe, den 8. Januar 1918.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken.

Wir schenken | **Flüssig wie Öne**

Jedem Löser dieses Rätsels und für diesen ohne jede Verbindlichkeit

das herrliche, soeben von bekanntem Künstler fertiggestellte und in vornehmsten Druck ausgeführte Kunstblatt (Größe 50/60 cm)

Des Kriegers Abschied

Dieses zeitgemäße, packende und wirklich schöne Bild ist ein prächtiger Wandschmuck für jedes Zimmer. Nur die Löser des Rätsels erhalten das Bild unter Vergütung der geringen Versandspesen. Ausdrücklich bemerken wir, daß die Einsendung der Lösung zu nichts verpflichtet, nur muß die Lösung sofort in richtig frankiertem Briefumschlag, mit Angabe der klar und deutlich geschriebenen Adresse uns zugeschickt werden. Sofort erhalten Sie Nachricht, ob Ihre Lösung richtig ist. Jeder Lösung ist unbedingt das Rückporto für unsere Auskunft beizufügen. Schreiben Sie sofort an den

Kunstverlag Walter Schmidt & Co. Berlin W 30/436.

Versicherung gegen

Sachschäden und Körperverletzungen

durch

Flieger-Angriffe

zu günstigen Prämien und Bedingungen gewährt die Allianz Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin W 8, Taubenstr. 1—2.

Aufgenommen wird jedermann. Kollektiv-Versicherungen von Angestellten und Arbeitern. Kostenlose Auskunft erteilen die Direktion sowie die an allen grösseren Orten vorhandenen Vertreter. 12003

Großh. Konservatorium für Musik Karlsruhe

zugleich Theaterschule (Opern- und Schauspielschule).

Unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit der Grossherzogin Luise von Baden.

Neue Kurse aller Fächer beginnen am 15. Januar 1918.

Die ausführlichen Satzungen sind kostenfrei zu beziehen durch die Direktion und durch sämtliche hiesigen Musikalien- und Musikinstrumenten-Handlungen. Alle auf die Anstalt bezüglichen Anfragen und Anmeldungen zum Eintritt sind zu richten an den Direktor

Hofrat Professor Heinrich Ordenstein,

12192 **Sofienstrasse 43.**

Sprechstunden täglich — ausser Sonntags u. Feiertags von 3—4 Uhr nachmittags.

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Frau **L. Kimmich**

Dentistin 1047

Leopoldstraße 2 b.

Nadelstamm- u. Stangenholz-Verkauf

aus dem Hinter- und Vorderwald von Annweiler Pfalz.

Mutmaßlicher Anfall im Wirtschaftsjahre 1918 **ohne Garantie für die Menge.**

Kiefern Blochholz

	1. Kl.*	1. Kl.	1. Kl. A	2. Kl.	2. Kl. A	3. Kl.	3. Kl. A
Vorderwald	—	20 fm	10 fm	60 fm	20 fm	80 fm	30 fm
Hinterwald	20 fm	60 fm	20 fm	110 fm	40 fm	210 fm	30 fm

Fichten Langholz

	3. Kl.	4. Kl.	5. Kl.	6. Kl.	ficht. Gerüststangen 2. Kl.
Hinterwald	30 fm	30 fm	20 fm	20 fm	25 fm

Kiefern	Schwellen	Vorderwald	20 fm	Hinterwald 35 fm
„	Grubenstammholz	„	80 fm	„ 210 fm
„	Grubenstangen	„	30 fm	„ 160 fm

Besondere Bedingungen.

Sämtliches Holz wird ohne Rinde gemessen. Das Kiefern Stammholz wird auf Kosten der Stadt entrindet. Sämtliches Holz im Vorderwalde wird nicht gerückt, da es größtenteils in der Nähe der Abfuhrwege anfällt.

Von dem Holze im Hinterwalde werden nur die Stämme gerückt, welche nicht in unmittelbarer Nähe der Holzabfuhrwege anfallen.

Schriftliche Angebote wollen bis **Samstag, den 12. Januar 1918, nachmittags 3 Uhr,** verschlossen mit der Aufschrift „Holzangebot" beim Bürgermeisteramte Annweiler eingereicht werden. Die Eröffnung findet am besagten 12. Januar 1918, nachmittags 4 Uhr, öffentlich statt.

Annweiler, den 29. Dezember 1917. 1028

Das Bürgermeisteramt: Meyer.

Von **D. theol. und phil.**

Pfarrer Adolf Bolliger, Zürich-Neumünster

dem rühmlichst bekannten Verfasser der **„Tatsachen"** und **„Deutschlands Recht"** erscheint soeben in zweiter Auflage eine Schrift über

Weltkrieg und Gottesreich.

Wahrheit und Klarheit atmet die Schrift und einen heiligen Zorn auch über die Lauen, die in Weltenwenden und Schicksalsstunden nicht den sittlichen Mut finden können, sich zu Kultur und Blut der **deutschen Stammesgenossen** zu bekennen. Ueber die Zentralmächte und ihr Kriegsziel, sowie über den Weltkrieg als eine gewaltige Offenbarung des Gottesreiches, hat Pfarrer D. Bolliger Worte von Kraft und Empfindungen, von unendlicher Tiefe gefunden.

Das in neuer Auflage erschienene, 240 Seiten starke Buch ist von uns zum Preise von M. 1.80 zu beziehen.

Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung G. m. b. H.

Karlsruhe, Hirschstraße 9. Telephon 400.

Künstlerischen Klavierunterricht erteilt

Tina Koch

Telephon 3959 — Veilchenstrasse 20. 2149

Sprechstunde täglich 11—12 Uhr.

1019

Kontrollkassen

jeder Art gegen bar zu kaufen gesucht. Angebote unter 15006/I an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Wir sind Käufer von

Aepfel-Wein

und anderen 8002

Obstweinen

für den direkten Absatz an die Verbraucher durch unsere eigenen Verkaufsstellen und erbitten feste Angebote.

Schade & Füllgrabe

Frankfurt a. M. Osthafen.

Trauerbriefe Trauerkarten

In kürzester Frist bei billigster Berechnung in der

Badischen Landeszeitung

G. m. b. H.

Hirschstrasse 9

Telephon 400

Die Städt. Brockensammlung

Baumeisterstr. 32

— Hinterhaus —

nimmt für die Bedürftigen der Stadt dankbar jede Gabe in Hausrat, Männer-, Frauen- und Kinder-Kleider, Wäsche, Stiefel rc. entgegen. 61

Gesucht

werden

Köchinnen für Privat

Mädchen für alles

Mädchen z. Anlernen

sowie

Stundenfrauen

für häusliche Arbeiten

für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienst-Meldestelle

Zähringerstr. 100, III. Stock.